

Soziale Spaltung und zunehmende Armut in Bremen konsequenter bekämpfen!

Allen politischen Akteuren in Bremen muss klar sein, dass die Überwindung der sozialen Spaltung und die Reduzierung der Armut eine entscheidende landes- und kommunalpolitische Aufgabe ist.

Trotz einer leicht rückläufigen Arbeitslosigkeit ist die Quote der Armutsgefährdung im Land Bremen im Vergleich zu 2014 im Jahre 2015 von 24,1% auf 24,8% und in der Stadt Bremen von 22,5% auf 23,1% weiter gestiegen! Besonders betroffen sind Kinder und deren Familien, Jugendliche und junge Erwachsene, Langzeitarbeitslose und Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen, Alleinerziehende und Migranten. Die soziale Polarisierung zwischen den Stadt- und Ortsteilen hat weiter zugenommen, die Armut und soziale Ausgrenzung hat sich weiter verfestigt.

Die Zunahme der Armutsgefährdung erfordert andere und umfassendere Maßnahmen!

Nach Auffassung des Initiativkreises ist es bisher nicht hinreichend gelungen, dafür zu sorgen, dass die Bekämpfung der Armut als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts allerhöchste Priorität genießt.

Zwar werden vom Senat Anstrengungen zur Verbesserung der Jugendhilfe, zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und von Ganztagschulen, der sprachlichen Bildung und der Arbeitsmarktpolitik, der Wohnungsbaupolitik, der sozialen Stadtteilentwicklung sowie zur Integration von Flüchtlingen unternommen. Immer wieder wird aber bei der Umsetzung dieser Einzelprogramme deutlich, dass diese nicht ausreichend miteinander abgestimmt sind, die notwendige Sozialraumorientierung noch nicht gelingt, die Programmentwicklung nicht transparent genug ist und die Beteiligungsinteressen wichtiger Akteure ignoriert werden. Die soziale Infrastruktur des Stadtstaates bedarf dringend eines weiteren **quantitativen und qualitativen Ausbaus**.

Dabei müssen alle Regelleistungen und Rechtsansprüche gewährleistet werden.

Der Initiativkreis Bremer Armut- und Chancenkonzferenz fordert ein auf mehrere Jahre angelegtes und nach Ressorts gegliedertes Rahmenprogramm zum Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Über die Wirkungen, Fortschritte und Realisierungsprobleme des Ausbaus der sozialen Infrastruktur in den Politikfeldern Kindergärten, Schule, Soziale Dienste, Arbeitsmarktpolitik, Wohnen, soziale Stadtentwicklung sollte jährlich in Kooperation mit den beteiligten Akteuren der Öffentlichkeit berichtet werden.

Nach wie vor fehlt eine Koordinierung dieses komplexen Querschnittsthemas. Hier besteht dringend Handlungsbedarf, dieses Thema muss zu einer Chefsache werden. Doch Bremen steht mit vielen Problemen nicht allein. Bundesweit fehlen in vielen Kommunen Betreuungsplätze. Jugendämter oder Elterngeldstellen kämpfen um ihre Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund von wachsenden Herausforderungen. Hier muss der Bund die Voraussetzungen schaffen, dass Bildung und Teilhabe auf der kommunalen Ebene unabhängig vom Geldbeutel möglich wird. Die notwendigen Ressourcen hierfür sind in einem der reichsten Länder der Erde selbstverständlich vorhanden. Man muss nur den

politischen Willen zeigen, diese finanziellen Mittel zu nutzen. Nur so können wir der sozialen Spaltung entgegenwirken.

Der Initiativkreis Bremer Armuts- und Chancenkonzferenz ist ein soziales Bündnis aus dem Paritätischen Bremen, der Arbeitnehmerkammer, der Arbeiterwohlfahrt, dem Bremer Rat für Integration, der Caritas, dem DGB, dem Diakonischen Werk, dem Deutschen Roten Kreuz, der Bremischen Evangelischen Kirche und dem Katholischen Gemeindeverband in Bremen. Kooperationspartner sind Bremens Quartiersmanagerinnen und -manager. Das Bündnis organisierte bereits im November 2013 und im Februar 2016 zwei große Armutskonferenzen zu den Themen „Kinderarmut“ und Jugendarmut“.

Kontakt:

Sprecherin und Sprecher der Bremer Armutskonferenz:

- Inge Danielzick, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, danielzick.forum@kirche-bremen.de, 0421-3461522, mobil: 0157-73803216
- Wolfgang Luz, Paritätischer Bremen, w.luz@paritaet-bremen.de, 0421-79199-13

Anhang:

Ausgewählte Beispiele für Lücken und Schwachstellen der Armutsbekämpfung in Bremen

1.1. Unzureichende Leistungen für Familien und ihre Kinder!

Kinder in Armutslagen werden in vielerlei Hinsicht benachteiligt und ausgegrenzt.

Kindertageseinrichtungen nehmen eine Schlüsselposition ein, um Teilhabebarrieren für Kinder abzubauen. Denn gerade im frühen Kindesalter werden die Entwicklungs- und Bildungschancen im erheblichen Umfang gelegt. Fehlende Kita-Plätze verfestigen die Teilhabebarrieren und beeinträchtigen die Entwicklungs- und Bildungschancen. Die Armut bzw. Armutsgefährdung von sozial benachteiligten Kindern wird durch fehlende Kita-Plätze verstärkt. Dies bedeutet, dass der Ausbau der Kitas schnell, effizient und zielgerichtet stattfinden muss.

Der Aufbau und Ausbau der Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsinfrastrukturen (BBB) für

Familien und ihre Kinder in Bremen bleibt weiter hinter dem steigenden Bedarf zurück. Der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung kann bisher in Bremen wie auch in vielen anderen Großstädten derzeit nicht vollständig eingelöst werden. Dabei kann sich die Kommune nicht auf finanzielle Engpässe zur ihrer Entlastung berufen. Sie muss für eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen grundsätzlich ohne "Kapazitätsvorbehalt" eintreten. Das umfasst auch den Anspruch auf Schadensersatz, wenn Eltern mit Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr keinen Betreuungsplatz erhalten und deshalb erst später arbeiten gehen können.

Fehlerhafte Kinderbedarfsprognosen in der Vergangenheit und nicht zuletzt durch die

Zuwanderung weiter steigende Kinderzahlen haben dazu geführt, dass in den nächsten Jahren und in der weiteren Zukunft für die 0-3 Jährigen und 3-6-jährigen Kinder tausende Kita-Plätze fehlen. Nach der von der Senatorin für Kinder und Bildung vorgelegten Senatsvorlage zur aktualisierten Kita-Ausbauplanung vom 22.11.2016 wird davon ausgegangen, dass bis zum Kita-Jahr 2019/2020 4.163 Plätze geschaffen und 55 neue Kitas gebaut werden müssen!! Das Umsetzungsverfahren stockt jedoch bereits. Bei der Umsetzung unausweichlicher Notlösungen für die nächsten Jahren und dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung muss mit den kommunalen Kindertagesstätten, den Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteuren eng kooperiert werden, um ein zügiges Ausbautempo zu gewährleisten. Der kommunale Eigenbetrieb Immobilien Bremen kann diese Aufgabe nicht alleine bewältigen.

Gleichzeitig muss die Ausbildung von ErzieherInnen ausgeweitet werden, damit genügend

Fachpersonal zur Verfügung steht und rechtzeitig eingestellt werden kann.

Im Sommer 2016 war die Bremer Elterngeldstelle überlastet. Durch die vielen Elterngeldanträge und die erforderlichen Beratungen zum neuen Elterngeld Plus kam es zu einem „Rückstau“ von rund 1.000 unbearbeiteten Anträgen. Manche Eltern mussten bis zu vier Monate auf die Bearbeitung ihrer Elterngeldanträge und damit auf ihre Lohnersatzleistungen warten.

In den sozialen Diensten hat die Personalausstattung mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Höhere Krankenstände, nicht besetzbare Stellen und eine hohe Personalfuktuation sind die Folge. In der Not wird versucht, durch eine Focussierung der Aufgaben auf besonders dringende Fälle und durch die Vernachlässigung formaler Verwaltungsarbeit den Betrieb aufrechtzuerhalten.

1.2. Soziale Stadtteilentwicklung in den Quartieren

Zum Beispiel in Huchting

Die Versorgung mit Kita- und Krippen-Plätzen ist (auch) in Huchting sehr unbefriedigend bis desaströs. In der Kita Robinsbalje gibt es z.B. eine aktuelle Warteliste mit 30 (!!) Kindern. Die Kolleg/innen der Kita's müssen aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen eine immense Herausforderung meistern.

Insbesondere **die Klassen der Grundschule Robinsbalje und Delfter Str. sind überfüllt**. Es gibt oftmals in manchen Klassen kaum deutschsprachige Kinder, erforderliches Personal fehlt. Es ist eine schwierige und belastende Situation in den Schulen. Notwendige Vorkursplätze stehen nicht ausreichend zur Verfügung. Die Situation in den ersten Klassen ist besonders belastend. Erstklässler erhalten keine Förderung durch einen Vorkurs (GS Robinsbalje hat hier jetzt aktuell nach langem Kampf eine Unterstützung erhalten). Die Schulen sind nicht den Herausforderungen entsprechend ausgestattet. Der **Fachkräftemangel verstärkt** die Situation. Die 9. und 10. Klassen z.B. der Roland zu Bremen Oberschule sind überfüllt.

Der Ausbau der Grundschule Delfter Str. zur Ganztagschule verzögert sich. Der notwendige Umbau der Oberschule Hermannsburg wurde reduziert, verzögert sich um 2 Jahre. Die Stelle QBZ-Management der Robinsbalje war 1 Jahr (bis 1.11.16) nicht besetzt.

Die Kollegen der Jugendberufsagentur sind engagiert. Das Angebot erreicht aber nicht die benachteiligten Jugendlichen, die andere vorhandene Angebote nicht angenommen haben.

Die Gewoba hat mit Stadtteilakteuren ein Konzept erarbeitet, um auf einem leeren, zu bebauenden Grundstück günstigen Wohnraum zu schaffen und wichtige Ergänzungen der sozialen Infrastruktur zu ermöglichen. Die Stadt veräußert das Gelände an einen (anderen) Investor.

Die Reform der regionalen Polizei und insbesondere die **Kürzungen bei den Kontaktpolizisten** führt in Huchting zu einer Reduzierung von aktuell vier auf einen Polizisten: Einer ist in Rente gegangen, einer aktuell an einer anderen Dienststelle tätig geworden, einer ist länger erkrankt. Somit ist nur noch ein Polizist im Stadtteil unterwegs. Dies hat Auswirkungen auf die Präsenz in den Schulen und auf - das Sicherheitsempfinden - im ganzen Stadtteil.

Zum Beispiel in Kattenturm

Im Quartier und Fördergebiet Kattenturm leben heute etwa 13.000 Menschen. Gut 50 % davon haben einen Migrationshintergrund, bei den unter 18-Jährigen Kindern und Jugendlichen sind es über 70 %. Überdurchschnittlich viele Bewohner/innen sind von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Das wirkt sich insbesondere auf die Kinder aus, von denen mehr als 45 Prozent der unter 15 Jährigen im Ortsteil Kattenturm in Bedarfsgemeinschaften leben (SGB II). Für viele dieser Kinder sind das Kinder- und Familienzentrum Stichnethstraße sowie die benachbarte Ganztagsgrundschule Stichnethstraße von besonderer Bedeutung für ihren Lebens- und Bildungsweg. Was insgesamt im Quartier gilt, ist auch dort deutlich sichtbar: In beiden Einrichtungen ist der Anteil der Kinder, die in materieller Armut aufwachsen besonders hoch.

In den Bremer Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf ist insbesondere in der Quartiersarbeit die Frage von Möglichkeiten der Armutsprävention ein Kernthema. Die Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen, Erörterungen und Diskussionen zum Thema Armut und

Armutsprävention sind hinlänglich bekannt. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage, welche Ansätze können realistisch umgesetzt werden um eine tatsächliche Veränderung und Verbesserung zur Armutsprävention herbeizuführen.

Diese Frage stellt sich immer wieder, so auch nach der 1. Bremer Armut- und Chancenkonferenz: *Chancen für Kinder*, die am 19.11.13 stattfand. In Bremen Kattenturm hat sich zum Thema Armut bei Kindern ein Bündnis entwickelt, das sich seit November `13 damit beschäftigt, ein sog. **Lernhaus Kattenturm** im Quartier inhaltlich zu entwickeln und zu realisieren. Die konzeptionelle Grundidee hierbei ist, dass Kinder und deren Familien unterschiedliche Hilfs- und Unterstützungsangebote in diesem Haus erhalten können, damit die Entwicklung von Kindern positiv begleitet werden kann. Die einzelnen Angebote bauen aufeinander auf, so dass von unterschiedlichen Bausteinen gesprochen wird, die für Kinder und deren Familien nutzbar sind. Der Aspekt vom ganzheitlichen und Alltagslernen soll dann in einem Kinder- und Familienzentrum und einer Ganztagsgrundschule im Quartier umgesetzt werden. Damit dies tatsächlich realistisch umgesetzt werden kann, braucht es ein zusätzliches Gebäude. Investitionen sind nötig um diesen Neubau zu schaffen. Das Konzept ist aus Sicht der Fachkräfte sowie der Menschen im Quartier gut durchdacht, **aber die Weiterentwicklung stagniert, da hierfür nicht unmittelbar Gelder zur Verfügung stehen.**

1.3 Probleme bei der Umsetzung des Senatskonzeptes zur Integration Zugewanderter

Im 12. Januar 2016 beschloss der Senat "Eckpunkte eines mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzeptes, in Bremen zuhause". Kern des Konzeptes sind neben dem Spracherwerb die Themen Wohnen, Bildung und Arbeit. Im Konzept zur Umsetzung des Senatskonzeptes, das am 19.05.2016 verabschiedet wurde, waren für die Umsetzung der Bereiche 'Sprachförderung', 'Ausbildung und Integration' in den Arbeitsmarkt für die Jahre 2016 und 2017 insgesamt 9 Millionen Euro vorgesehen.

Am Ende des Jahres 2016 sind diese Mittel fast in Gänze den Einsparvorgaben der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen. Zwar werden wichtige Projekte wie die Einstellung junger Geflüchteter in EQ-Maßnahmen und in eine duale Ausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum oder das Hochschulprojekt 'IN-Touch' fortgesetzt, dennoch können sinnvolle, von erfahrenen Trägern bereits entwickelte Maßnahmen und Projekte nicht umgesetzt werden. U.a. sind insbesondere Angebote für die Gruppe der jungen, nicht mehr schulpflichtigen Geflüchteten ohne Schulabschluss und ausreichende Vorqualifizierung notwendig. Hier werden kurzfristig Chancen auf eine nachhaltige Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt und damit zugleich auch die Prävention von Armut vertan. Es bleiben mehr Menschen für längere Zeit von staatlichen Transferleistungen abhängig.

2. Bremer Defizite bei der Umsetzung des Armuts- und Reichtumsberichts

Ausgehend vom letzten Armuts- und Reichtumsbericht-Bericht ist in Huchting 2014 ein stadtteilbezogenes Modellvorhaben „Zusammen gegen Armut und Benachteiligung“ durchgeführt worden, um stadtteilbezogene Potenziale und Synergieeffekte zu prüfen und zu initiieren. Es wurden in einem doch relativ aufwendigen Verfahren insgesamt neun moderierte Workshops mit Ressort- und Stadtteilvertreter/innen zu vier Handlungsfeldern (Arbeit, Ausbildung und Kinderbetreuung, Bildung und Erziehung, Wohnen und Stadtteilentwicklung, Bürgerbeteiligung und Teilhabe) durchgeführt. Ziel der Workshops war es, Strategien zur Armutsfolgenbekämpfung durch

ressortübergreifende als auch durch vertikale Kooperationen zu entwickeln und konkrete Projekte zu initiieren. „Die Ergebnisse der Workshops bestätigen die Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung der ressortübergreifenden Kooperation, Vernetzung, vertikaler Abstimmung von Vorhaben, Planungen und Entwicklung gemeinsamer Schritte. **In Huchting wird erwartet, dass sich die Ressorts mit einem gleich großen Interesse und Willen wie Stadtteilakteure an der Realisierung dieses Zieles beteiligen und das Engagement vor Ort ergänzen.**“ Es wurden zahlreiche Bedarfe formuliert und dokumentiert. Das nachhaltige Ergebnis war und ist, dass es bei Behördenvertretern keine Verantwortlichkeiten für die Fortsetzung dieses Prozesses gab, nicht ein einziges Projekt, eine konkrete Maßnahme o.ä. mit Unterstützung eines der Ressorts wurde umgesetzt! Alle z. T. sehr engagierten Bemühungen sind verpufft.